Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0507/2009
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Planungsausschuss	10.12.2009	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	17.12.2009	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

II. Nachtragssatzung zur Satzung zur Regelung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die II. Nachtragssatzung zur Satzung zur Regelung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs.1 BauGB

Sachdarstellung / Begründung:

1. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Die Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt ist bis zum Jahresende 2009 in nationales Recht umzusetzen. Ziel dieser Richtlinie ist, rechtliche und administrative Hindernisse für Dienstleistungserbringer und -empfänger abzubauen. Lt. Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW vom 03.07.2009 sind erforderliche Änderungen kommunaler Rechtsnormen bis zum 02.11.2009 durchzuführen.

FB 1 hat Anpassungsbedarf im Hinblick auf die bisherige Satzung festgestellt. Die rechtliche Auswirkung wurde geprüft und der dargestellte Satzungsentwurf ist das Ergebnis.

Wesentlicher Inhalt ist der Austausch des Begriffs „**Bürger**“ durch den Begriff „**Öffentlichkeit**“ analog dem Bundesbaugesetzbuches.

Satzung

zur Regelung des Verfahrens der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB in der Fassung der II. Nachtragssatzung

Aufgrund des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV NW S. 380), hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 17.12.2009 folgende Satzung zur Regelung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S.3316), beschlossen:

§ 1 Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Stadt Bergisch Gladbach führt die Öffentlichkeitsbeteiligung an der Bauleitplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB nach Maßgabe dieser Satzung durch.

§ 2 Ausnahmen

(1) Hiervon ausgenommen sind:

- a) vereinfachte Änderungen von Bebauungsplänen nach § 13 BauGB.
- b) Bebauungspläne, die nach Maßgabe des § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt, geändert oder ergänzt werden.
- c) Änderungen und Ergänzungen des Flächennutzungsplanes, wenn dadurch die Grundsätze der Planung nicht berührt werden.

- d) Aufstellung, Ergänzung oder Aufhebung von Bebauungsplänen, wenn sich dies auf das Plangebiet und die Nachbargebiete nur unwesentlich auswirkt.
- (2) Die Entscheidung, ob ein Fall des Abs. 1 vorliegt, trifft der Planungsausschuss mit dem Beschluss zur Wahl des jeweiligen Verfahrens. Sie wird gleichzeitig mit dem Aufstellungsbeschluss öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Wird in den in Absatz 1 genannten Ausnahmen eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt, so finden die Regelungen der §§ 3 bis 6 dieser Satzung keine Anwendung.

§ 3

Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung

- (1) Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist nach Beschluss des Vorentwurfs zum Bauleitplan im Planungsausschuss durchzuführen.
- (2) Die Öffentlichkeitsbeteiligung wird entweder
- a) durch Aushang der Planung oder
  - b) in Form einer Öffentlichkeitsversammlung und einem begleitenden Aushang der Planung
- durchgeführt.
- (3) Über die Form der Öffentlichkeitsbeteiligung entscheidet in jedem Einzelfall der Planungsausschuss.

§ 4

Aushang der Planungen

- (1) Die Vorentwürfe werden für die Dauer von vier Wochen ausgehängt und sind auf Verlangen jedermann mündlich zu erläutern.
- (2) Der Ort des Aushangs ist der ortsüblichen Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entnehmen.
- (3) Innerhalb der Aushangfrist können Stellungnahmen zur Planung von jedermann schriftlich oder zu Protokoll abgegeben werden.
- (4) Die Frist des Aushangs kann in begründeten Einzelfällen durch den Bürgermeister verlängert werden.

§ 5

Öffentlichkeitsversammlung

- (1) Die Öffentlichkeitsversammlung dient der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Planungsabsichten und deren Auswirkungen. Während der Versammlung besteht die Gelegenheit, sich zum vorgestellten Vorentwurf zu äußern und ihn zu erörtern.

- (2) Die in der Öffentlichkeitsversammlung vorzustellenden Vorentwürfe werden für die Dauer von 14 Tagen vor und 14 Tage nach der Öffentlichkeitsversammlung ausgehängt. Die Vorentwürfe sind während des Aushangs jedermann auf Verlangen mündlich zu erläutern.
- (3) Die Öffentlichkeitsversammlung soll in räumlicher Nähe zum Plangebiet erfolgen. Sie kann auch für mehrere Bauleitplanvorentwürfe gemeinsam oder nur für Teilgebiete von Bauleitplanvorentwürfen durchgeführt werden. Insbesondere beim Flächennutzungsplan kann die Öffentlichkeitsversammlung für die einzelnen Stadtteile getrennt erfolgen.
- (4) Die Orte von Aushang und Öffentlichkeitsversammlung sind der ortsüblichen Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entnehmen.
- (5) Vorbereitung, Bekanntmachung und Durchführung der Öffentlichkeitsversammlung obliegt dem Bürgermeister.
- (6) Über das Ergebnis der Öffentlichkeitsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 6

Unterrichtung des Planungsausschusses

- (1) Der Bürgermeister hat den Planungsausschuss über das Ergebnis der Öffentlichkeitsversammlung und über evtl. Stellungnahmen während des Aushangs zu unterrichten.
- (2) Der Planungsausschuss entscheidet über die Berücksichtigung der vorgebrachten Anregungen.

§ 7

Schlussbestimmungen

- (1) Auf Bauleitpläne, für die bereits bei Inkrafttreten dieser Satzung die Aufstellung, Änderung oder Ergänzung beschlossen ist (Aufstellungsbeschluss), und deren Entwurf vom Planungsausschuss bereits verabschiedet wurde, finden die Vorschriften dieser Satzung keine Anwendung.
- (2) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 06.06.1979 in der Fassung der I. Nachtragssatzung vom 11.12.1981 außer Kraft.

HINWEIS:

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung ist gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a) die vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Bürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung zur Regelung des Verfahrens der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB der Stadt Bergisch Gladbach wird hiermit in vollem Wortlaut öffentlich bekannt gemacht.

Bergisch Gladbach, den XX.XX.2009

Bürgermeister

Die Satzung zur Regelung des Verfahrens der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde am XX.XX.2009 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger veröffentlicht und ist ab XX.XX.2009 in Kraft.